

**Medienmitteilung vom 13. Februar 2007**

## **Privatspitäler sollen in Versorgungsplanung einbezogen werden**

**Die Grünen Kanton Bern wollen weiterhin eine umfassende und gute Grundversorgung im Gesundheitswesen in allen Regionen des Kantons. Die geplante Verlagerung vom stationären in den teilstationären und ambulanten Versorgungsbereich ist von der Tendenz her richtig. In der Vernehmlassung zur Versorgungsplanung 2007 – 2010 schlagen sie verschiedene Korrekturen vor.**

Insbesondere die Auswirkungen für die nachgelagerte Versorgung (Langzeit, ärztliche Grundversorgung, das ganze Netz der spitalexternen Dienste wie Spitex, Betreuungs-, Beratungsdienste) müssen noch vertieft geprüft und das Angebot entsprechend ausgebaut werden.

Die Grünen unterstützen die verstärkte Kooperation und Konzentration der Leistungserbringer. Die Umwandlung von stationären Standorten in Tageskliniken sind mögliche Optionen, die Zusammenlegung von regionalen Spitalzentren steht dagegen nicht zur Diskussion. Eine konsequente Umsetzung der zweistufigen Versorgungsplanung sowie die konsequente Konzentration der hochspezialisierten Leistungen im Inselspital werden begrüsst.

Nach Ansicht der Grünen müssen die Privatspitäler unbedingt in die Versorgungsplanung miteinbezogen werden. Dies ist möglich mit der Steuerung über die Spitalliste zur Zulassung für die Abrechnung mit den Krankenversicherern sowie mit analogen Qualitätsvorgaben und Mindestfallzahlen, wie sie für die öffentlichen Spitäler gelten. Der Kanton muss im Rahmen seiner Möglichkeiten dafür sorgen, dass die Privatspitäler ihr Angebot nicht nach rein marktwirtschaftlichen Kriterien ausrichten und erweitern können, wenn sie zu Lasten der Krankenversicherung tätig sind.

### **Unsoziale Finanzierung soll besser abgedeckt werden**

Die Versorgungsplanung kann die heutige, unsoziale Finanzierung (hohe Belastung durch Kopfprämien) nicht lösen, die entsprechenden Kompetenzen liegen hier auf Bundesebene. Es besteht aber die Gefahr, dass die Versorgungsplanung wegen der geplanten Verlagerung vom stationären in den teilstationären und den ambulanten Versorgungsbereich die bestehende Finanzierungsproblematik zusätzlich verschärft. Die Grünen fordern daher eine soziale Abfederung. So könnte der Kanton in dem Umfang zusätzlich finanzielle Mittel für die Prämienverbilligung zur Verfügung stellen, die er durch die Verlagerung in die teilstationären und ambulanten Leistungsbereiche einspart.

### **Für weitere Auskünfte:**

Franziska Widmer, 031 321 73 24 oder 079 476 80 76